

Polit-Prominenz bei *lehrer nrw*

Schulministerin und Innenminister zu Gast beim Mülheimer Kongress.

Beim gestern zu Ende gegangenen Mülheimer Kongress konnte *lehrer nrw* zwei politische Hochkarrierer begrüßen: Schulministerin Yvonne Gebauer und Innenminister Herbert Reul standen den rund 100 Kongressteilnehmern Rede und Antwort. Gute Nachrichten hatte Yvonne Gebauer im Gepäck: Das Fach Wirtschaft, von *lehrer nrw* seit vielen Jahren gefordert, kommt. Die Schulministerin kündigte an, dass in der kommenden Woche die Verbändebeiträge starten. Gebauer sagte zu, dass die Realschulen in NRW am erfolgreichen Modellversuch „Wirtschaft an Realschulen“ anknüpfen können. Den vierjährigen Modellversuch hatte *lehrer nrw* mit initiiert und intensiv begleitet. Trotz äußerst positiver Resonanz bei Lehrern, Schülern und Eltern der 70 beteiligten Realschulen hatte die damalige Schulministerin Sylvia Löhrmann das Projekt eingestampft. „Wir freuen uns sehr, dass die schwarzgelbe Landesregierung dieses Thema nun wieder aufgreift. Das Fach Wirtschaft ist im Zeitalter von Globalisierung und Digitalisierung wichtiger denn je“, sagt die *lehrer nrw*-Vorsitzende Brigitte Balbach.

Unter den Nägeln brannte den Kongressteilnehmern in Mülheim natürlich auch die Besoldungsfrage. Der Unmut an der Basis ist groß. Gemäß der Devise „Gleicher Lohn für gleiche Ausbildung“ fordert *lehrer nrw* A13 bzw. EG 13 für alle Lehrkräfte im Sek I-Bereich. Gebauer und Reul räumten ein, dass Handlungsbedarf besteht und nahmen aus Mülheim ein klares Meinungsbild mit ins Düsseldorfer Kabinett. Balbach baute der Landesregierung eine Brücke: Die anstehende Umwälzung in der Besoldungsstruktur müsse nicht von heute auf morgen umgesetzt werden. Es bestehe die Möglichkeit, die Neueingestellten nach A13 einzugruppieren und die erforderlichen Anpassungen für die bereits im System befindlichen Lehrkräfte in einem Stufenplan umzusetzen.

Reul, selbst Lehrer und langjähriger schulpolitischer Sprecher der CDU im Landtag, äußerte die Sorge, dass die zunehmende Verrohung der Gesellschaft auch auf die Schulen übergreift. Körperliche und verbale Gewalt gegen Lehrkräfte und Schüler dürften dort keinen Platz haben. Der Innenminister bat die Lehrerschaft um Mithilfe, um dieser Entwicklung entgegenzuwirken. Es gebe Regeln und Gesetze, die in Schule und Gesellschaft gleichermaßen Geltung hätten und konsequent umgesetzt werden müssten.

16.11.2018
Jochen Smets, Pressesprecher